

Die neuen Reichssteuern.

Die Steuergesetze für den Reichstag.

Erstmalig liegt das Budget der neuen Reichssteuern vor, wie sie vom Reichsfinanzamt ausgearbeitet und vom Bundesrat bereits angenommen sind. Es sind durchweg indirekte Steuern, die diejenigen Gebiete erfasst, bei denen eine Erhöhung der Steuer am leichtesten zu erringen ist, da sie auf die leistungsfähigsten Schultern abgewälzt werden. Besonderswert sind vor allem die Einführung des Brantweinmonopols, eine weitere Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren, die allerdings keine sehr freundliche Gefühl auslösen wird und die man als eine Besteuerung des Verkehrs recht unlösbar empfinden dürfte. Und die Bestimmungen gegen die Steuerflucht der Kapitalisten, die man als durchaus gerecht und annehmbar bezeichnen muss. Der Reichstag wird nun mit der Bewältigung der Steuervorlagen ein schweres Stück Arbeit haben, vermutlich werden sie durch ihn noch gewisse Veränderungen erfahren, in der Hauptsache werden die Vorlagen aber wohl ohne Widerstand passieren, da der Geldbedarf des Reiches nun einmal gedeckt werden muss. Das Gesamtergebnis der neuen Steuern ist auf 3078 Millionen Mark berechnet.

1. Das Brantweinmonopol.

Aller erzeugter Brantwein ist an die Monopolverwaltung abzuliefern. Wo ausnahmsweise den Brennern die Rückbehaltung des Brantweins gestattet wird, muss er den Brantweinaufschlag zahlen. Die Kontingentierung und der Durchschnittsbrand bleiben bestehen. Das neu zu errichtende Monopolamt besteht aus der Verwaltungsabteilung und der Geschäftsbereitung. Beide ist die bisherige Spirituszentrale. Zu tritt ein Beirat aus 20 Mitgliedern, und zwar: 5 Mitglieder des Bundesrates, 5 Mitglieder des Reichstages, 5 landwirtschaftliche Brenner, 5 von der Monopolverwaltung vorgeschlagene Vertreter der gewerblichen Brennerei. Die Verkaufspreise sind so festzusehen, dass dem Reich nach Abzug aller Kosten eine Reineinnahme für ein Hektoliter von 800 Mark verbleibt. Der Preis für Trinkbrantwein ist teurer, für gewerblichen Brantwein billiger. Die Monopolverwaltung wird auch die einfacheren Trinkbrantweine herstellen, die Destillateure werden abgefunden. Bei der Herstellung von Markenbrantwein ist noch eine besondere Abgabe von 1 Mark für das Liter zu bezahlen.

2. Biersteuergesetz.

Die Biersteuer bedeutet den Übergang zur Fabriksteuer unter Einführung der Kontingentierung. Die Steuergüte sind je nach der Größe der Brauerei von 10 Mark bis 12,50 Mark für einen Hektoliter gestaffelt.

3. Weinsteuer.

Die Weinsteuer wird erhoben beim Hersteller oder Händler, wenn der Übergang zum Verbraucher stattfindet. Sie beträgt 20 Prozent vom Wert. Ein Weinprüfungsamt stellt in Zweifelsfällen den Wert fest. Es ist Nachbesteuerung für Weine der letzten drei Jahre vorgesehen.

4. Schaumweinsteuergesetz.

Die bisherige Staffelung von 1 bis 3 Mark wird durch den einheitlichen Satz von 3 Mark ersetzt.

5. Besteuerung von Mineralwässern

und ähnlich bereiteten Getränken, sowie die Erhöhung der Sätze für Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade. Die Sätze für Mineralwasser, Limonaden und konzentrierte Zitronenlimonaden sind gestaffelt von 1/4 Pf. bis 1,20 Mark, je nach Stärkegehalt der Flasche. Der Kaffeesatz soll auf 130 Mark für einen Doppelzentner, der Soll für Kakao und Schokolade auf 50 Mark, für Tee auf 220 Mark, für Schokolade auf 140 Mark für den Doppelzentner festgesetzt.

6. Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren.

Aufliegend von den bisherigen Sätzen wird das Porto in Zukunft betragen: für Briefe bis 20 Gramm im Ortsverkehr 10 Pf., für Briefe bis 250 Gramm im Ortsverkehr 15 Pf., für Fernpostkarten 10 Pf. Ferner sind Erhöhungen vorgesehen für Drucksachen, Geschäftspapiere, Pakete usw. Die Telegrammgebühren werden auf 8 Pf. für das Wort erhöht. Von der Reichsabgabe befreit bleiben u. a. Pressetelegramme.

7. Kriegssteuer der Gesellschaften für das vierte.

Kriegs-Geschäfts-Jahr.

Die Gesellschaften waren schon früher gesetzlich verpflichtet worden, 60 Prozent des im vierten Kriegsjahr erzielten Mehrgewinnes als Sonderabgabe in ihre Bilanzen einzustellen. Die Abgabe ist je nach der Höhe des Mehrgewinnes gestaffelt von 10 bis 50 Prozent.

8. Gelekt zur Rendierung des Reichsstempelgesetzes.

1. Kauf- und Umschaffungsgeschäfte in Wertpapieren werden verschieden besteuert, je nachdem der Käufer ein gewerbsmäßiger Effektenhändler oder ein Privatmann ist. Das Privatpublikum hat die höheren Sätze zu zahlen. Die Sätze betragen: a) bei Kriegsanleihen zwei Gehntel vom Tausend bzw. ein Gehntel vom Tausend. Geschäfte in Kriegsanleihen werden am niedrigsten besteuert. b) Andere Reichs- und Staatspapiere vier Gehntel vom Tausend bzw. zwei Gehntel vom Tausend. c) Ausländische Staatspapiere, in- und ausländische Gemeindechuldverschreibungen, in- und ausländische Pfandbriefe sieben Gehntel bzw. drei Gehntel vom Tausend. d) Konstige Renten und Schuldbeschreibungen 1 vom Tausend bzw. vier Gehntel vom Tausend. e) Aktien, Stuge usw. 8 vom Tausend bzw. fünf Gehntel vom Tausend. f) Ausländische Banknoten,

Papiergebund und Geldsorten einheitlicher Satz zwei Gehntel vom Tausend.

2. Besteuerung von Geldumsätzen (Depots und Kontokorrentsteuern). Die Steuer wird erhoben von den Binsen, die der Bankier zahlt. Sie ist gestaffelt von 1 vom Hundert bei weniger als 100 000 Mark, bis auf 8,32 vom Hundert bei mehr als 10 Millionen Mark.

3. Erhöhung des Stamps bei Gesellschaftsverträgen von 4,5 auf 5 vom Hundert.

9. Rendierung des Reichsstempelgesetzes.

Die Sätze betragen für Wechsel unter 250 Mark 15 Pf., von 250 bis 500 Mark 30 Pf., von 500 bis 750 Mark 45 Pf., von 750 Mark bis 1000 Mark 60 Pf., für jede weitere 1000 Mark 60 Pf. mehr.

10. Umsatzsteuergesetz.

Der Steuer unterliegen nicht nur die Waren, sondern auch die Leistungen, die bisherigen Besteuerungen des Warenumsatzsteuergesetzes bleiben erhalten. Die Steuer beträgt 5 vom Tausend. Außerdem werden mit einer besonderen Zugestellung belebt: a) Edelmetall und Edelsteine, b) Kunstsätze, c) Antiquitäten, d) photographische Handapparate, e) Flügel, Klaviere, Harmonien und mechanische Spielwerke, f) Handwaffen, g) Motorfahrzeuge für Land und Wasser, h) Teppiche, i) Pelzwerke. Der Steuersatz beträgt für Edelmetalle und Edelsteine 20 Prozent, für die übrigen 10 Prozent vom Wert.

11. Entwurf eines Gesetzes gegen die Steuerflucht.

Zur Verhinderung der Steuerflucht (Personenflucht) wird die Verpflichtung zur Steuerzahlung für die Personaleiner auf 5 Jahre nach Verlegung des Wohnsitzes erstreckt. Vor der Emigration ist Sicherheit zu leisten (20 Prozent des Vermögens). Wer die Steuer hinterzieht, verliert mit Frau und Kindern die Staatsangehörigkeit.

Helfferichs Balkanaufgabe.

Rumänien-Saloniki.

Die „Berliner Zeitung“ schreibt:

„Für diese Tage hatte man uns amlich die Veröffentlichung der Bulgarischen Beschlüsse (über einen Friedensvertrag mit Rumänien) in Aussicht gestellt. Stattdessen erfahren wir, dass das Ende dieser Verhandlungen vorläufig noch gar nicht abzusehen ist. Herr Dr. Helfferich soll seine Staatskunst auf dem Balkan aus neue zeigen, wo er sehr Unbekannter mehr ist. Er soll in Rumänien die Grenzen zwischen Bulgarien und Türkei bestimmen, er soll vor allem die Fragen Konstanza und Saloniki, die außerordentliche Bedeutung erlangt haben, lösen lassen. Eine Aufgabe, die nicht leicht zu nehmen ist, nachdem sich an ihr die Herren v. Kühlmann und Czernin vergeblich versucht haben. Da angekündigt wird, dass König Ferdinand von Bulgarien den Sultan in Konstantinopel besuchen will, so dürfen wir annehmen, dass die Beziehungen zwischen beiden Reichen nicht unüberbrückbar sind. Gleichzeitig sind sie auf keinen Fall. Und zu Verwicklungen werden sie erst recht keinen Anlass geben.“

Bekanntlich wollten die Mittelmächte das von Rumänien abgetrennte Gebiet der Dobrudscha an Bulgarien unter der Voraussetzung übergeben, dass der Verbindungsweg Ternavoda-Konstanza in vollkommenen Unabhängigkeit für die wirtschaftlichen Interessen der Mittelmächte erhalten bleibt. Das gilt namentlich auch für den Hafen Konstanza. Hier macht Bulgarien Schwierigkeiten. Es verlangt, auf andere Weise entschädigt zu werden. Es sträubt sich auch gegen die von den Türken verlangte Grenzregulierung bei Karagash, bestehendweise gegen die Revision dieser Regulierung, auf die die Türkei mit einem Recht wegen der erheblichen Machtvermehrung des Nachbarn besteht. In Sofia möchte man gern auch Saloniki haben. Doch kann dieser Wunsch nicht erfüllt werden, denn Saloniki soll für den Fall, dass England nicht seine Mittelmeerbesitzungen Griechenland, Malta, Gibraltar, Levante herausgibt, und die restlichen Gebiete in Palästina und Mesopotamia räumt, zum Flottenstützpunkt der Mittelmächte und zum Freihafen gemacht werden, ohne dass Griechenland genommen würde. Herr Helfferich steht also vor hochbedeutsamen Balkanproblemen.“

Rumänien noch Bundesgenosse der Entente? Im englischen Unterhaus erklärte Balfour, dass Rumänien nach den zur Verfügung stehenden Nachrichten noch ein verbündeter Staat sei. Der britische Gesandte in Jassy sieht noch täglich mit dem Londoner Auswärtigen Amt in Verbindung.

Wo stecken die U-Boote des Verbandes?

Ämterliche französische Bekanntmachungen.

Der Marinemitarbeiter der „Dépêche de Paris“ schreibt: Die Tage vergehen, ohne dass man jemals etwas von der Torpedierung eines deutschen Kriegs- oder Handelsschiffes in der Ostsee durch ein U-Boot der Verbündeten hört. Unbestreitbare Tatsache ist, dass die deutschen Kreuzer und Transportschiffe heute täglich zwischen den deutschen, russischen und finnischen Küste verkehren. Sicher ist ferner, dass der Handelsverkehr in der Ostsee in vollem Ausdehnung wieder aufgenommen wurde und die deutschen Handelsdampfer nach Schweden und Norwegen fahren. Es wäre nur zu wünschen, dass unsere Kreuzer und Handelsdampfer ebenso ungestört und ruhig die Nordsee, den Kanal und den Atlantischen Ozean befahren könnten. Man darf daher wohl bewerben, dass die Entfernung zwischen den Küsten der Verbündeten und der Ostsee nicht größer ist als die von Brest bis zum Golf von Gasconne. Stattdessen wird behauptet, dass die Verbündeten nur Ostsee vollständig gesperrt sind, wie man auch gefragt hat, dass die deutschen Kräfte bereits nützliche Schutzwälle besitzen, dass die Verbündeten sie nicht nutzen können. Wo sind die Zeiten hin, in denen ein Minister duerte, „wenn die Städte sich unseren Schülern nicht stellen, werden wir sie in ihren Städten vernichten.“ (Eine solche Neuerung möchte eins der englischen Minister Churchill, E. Red.) Wir haben zwar die Trostberichte des „Matin“, der uns alljährlich wenigstens einmal erzählt, dass die Erfolge des deutschen U-Bootkrieges täglich geringer und die Boote in Kürze endgültig besiegt sein werden. Trotzdem gibt's noch Leute, die der Meinung sind, dass der Krieg zur See sich vielleicht noch verschärfen könnte.“

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Dresden, 17. April.

Die Zweite Kammer hielt heute ihre 46. öffentliche Sitzung ab.

Die Fürsorgeziehung.

Abg. Wirth (Soz.) berichtete über Kap. 57 des ordentlichen Staatshaushaltplans für 1918/19 betr. Landarmen und Fürsorgeziehungswesen. Er beantragte namens der Finanzdeputation A, die Ausgaben nach der Vorlage mit 2980 000 Mark zu bewilligen.

Abg. Heldt (Soz.) bemerkte, dass sich seine politischen Freunde schon wiederholt gegen den Polizeigefest bei der Unwendung des Armen- und Fürsorgeziehungswesens ausgesprochen hätten. Die Fürsorgeziehung sei oft keine Wohlfahrtseinrichtung, sondern eine Strafe und die Statistik habe ergeben, dass mit der Fürsorgeziehung keine besondern guten Resultate erzielt worden seien. Er hoffe, dass mit dem Gesetz über die Wohlfahrtspflege ein Teil des Fürsorgegesetzes überflüssig sei. Im übrigen verwies der Redner auf die Wirkungen der Kriegszeit auf unsere Jugend und beschrieb einen Fall in Geising, wo 2 Knaben infolge kleiner Fleischstücke in Fürsorgeziehung genommen und dann in der betr. Anstalt gestorben seien. Günstige Erfolge habe abrigens Leipzig mit seinen Maßnahmen auf diesem Gebiete erzielt.

Abg. Kleinheimpel (natlib.) betont demgegenüber, dass die Fürsorgeanstalten keine Polizeleinrichtungen seien, sondern dass sie auf humanitären Grundsätzen aufgebaut seien. Er sei selbst Leiter einer Fürsorgeanstalt und Vorsitzender eines Fürsorgeausschusses. Leider seien den Anstalten sämtliche Lehrer und Erzieher genommen worden. Infolgedessen könne man die Anstalten für Mietherfolge nicht verantwortlich machen. Auch müsse die Fürsorgeziehung möglichst bald eintreten, da nur dann Erfolge erzielt werden könnten. Im übrigen seien die Resultate der Stadt Leipzig durchaus nicht so günstig, wie sie der Abg. Heldt dargestellt habe. Gerade dort seien die meisten Fürsorgezöglinge vorhanden. Jedenfalls seien alle Organe bestrebt, das Gesetz unter Ausschaltung des Polizeigefests durchzuführen und besonders die Familienerziehung anzustreben. Man müsse auch in Betracht ziehen, was für Elemente sich unter den Zöglingen befinden.

Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Koch entgegnet auf die Ausführungen des Abg. Heldt betr. den Fall in Geising. Die Angelegenheit sei erst in den letzten Tagen durch die Presse bekannt geworden und das Ministerium des Innern habe sich sofort der Sache angenommen. Die Akten seien jetzt noch nicht vorhanden, weshalb er auch nicht in der Lage sei, Klarstellung zu geben. Wenn jedoch jemand eine Schuld treffe, dann werde er auch zur Verantwortung gezogen. Neuheiten des Abg. Heldt über den Polizeigefest treffen nicht zu. Zur Erziehung gehöre jedenfalls eine strenge und feste Hand.

Abg. Lange (Soz.) ist überzeugt, dass der Gesetzgeber mit dem Fürsorgegesetz die besten Absichten gehabt habe. Die Wirkungen des Gesetzes hängen jedoch dem Betreffenden bis zum 21. Jahr an, da er den Stempel der Fürsorgeanstalt immer mit herumträgt. Er habe die Erfahrung gemacht, dass die Zwangs- und Fürsorgeziehung nicht viel nütze.

Das Kapitel wurde hierauf einstimmig genehmigt.

Der Eisenbahnwagenmangel.

Abg. Günther (fortsch.) berichtet dann über die Vorlage betr. Bewilligung von 24,688 000 Mark zur Umschaffung neuer Güterwagen.

Abg. Dr. Riechammer (natlib.) bittet die Regierung um Auskunft über die Wirkungen der österreichischen Transportverhältnisse auf Deutschland. Es sollen sich Tausende deutscher Wagen in Österreich befinden, die möglichst bald zurückgeschickt werden müssen. Der Redner beleuchtete verschiedene Schwierigkeiten des Eisenbahnverkehrs und ersuchte im Interesse der Industrie um Hilfe.

Staatsminister von Seydelwitz bemerkte, dass die Schwierigkeiten im Eisenbahnverkehr in erster Linie durch den Krieg hervorgerufen worden seien. Auch der Wagenmangel habe hierin hauptsächlich seinen Grund. Während der Kriegszeit sei der Mangel bis auf 28 Prozent gestiegen. Seit Ostern dieses Jahres sei jedoch eine Besserung eingetreten. Ein weiterer Grund des Wagenmangels sei auch Reparaturbedürftigkeit der Lokomotiven und Güterwagen und der Arbeitermangel. In erster Linie würden die meisten Wagen von der Militärverwaltung gebraucht, und dies sei namentlich in der letzten Zeit der Fall gewesen, wo zahlreiche Truppen- und andere Transporte nach dem Westen erfolgen mussten. Auch für die besetzten Gebiete würden viele Wagen gebraucht, z. B. in Rumänien, im Norden usw. Im übrigen seien die Verhältnisse auf diesem Gebiete in Sachsen nicht ungünstiger als in den anderen Bundesstaaten. Die sächs. Staatsbahnverwaltung werde jederzeit für die Abstellung von Wagen eintreten.

Das Kapitel wurde genehmigt. Nächste Sitzung Donnerstag.

Mitteleuropäische Maßnahmen.

Der Kaiser an die Rigas Kaufmannschaft. Der Kaiser dankt dem Rigaer Kaufmannsverein für das folgende Entschuldigungsschreiben: Seine Majestät der Kaiser erwidert den französischen Kaiser und dem Kaiser Georg II. der Russen.

Wahlung des Marschalls Haig den größten Erfolg bringt des 4. Oktober ist die Waffenstillstand.

Französische Todesbataillone.

Berlin, 17. April. Seit dem 21. März verwendet Großbritannien die Franzosen nach der Art wie jenseitig die Russen ihre Todesbataillone einsetzen. Überall dort, wo der deutsche Angriff die britischen Stellungen zu durchbrechen droht, müssen französische Truppen einspringen. Sie sind vornehmlich zur Durchführung der Gegenangriffe bestimmt. Infolgedessen sind die französischen Verbände besonders schwer.

Die neuen Reichsteuern.

Berlin, 18. April. Zu den neuen Steuervorlagen sagt das Auer Tageblatt, man dürfe erwarten, daß im ganzen Aufbau des Steuerprogramms eine schneidende Wendung vorgenommen werden. Der Gefahr, mit dem jetzigen Steuerbouquet einen Sprung ins Dunkle zu tun, könne der Reichstag begegnen, indem er die geforderten Steuern nicht für unbestimmte Zeit, sondern nur von Jahr zu Jahr bewillige. Der Börsischen Zeitung erscheint am bemerkenswertesten diejenige Gruppe der neuen Steuern, welche dem weiteren Ausbau der Getränkeabgaben gewidmet ist. Mit dem Branntweinmonopol habe sich der Reichstag bereits zweimal stark beschäftigt. Auch diesmal werde um das Gesetz festig gekämpft werden, aber man werde doch wohl mit seiner Annahme rechnen müssen. Die Volkszeitung sagt, daß schwerwiegendste Bedenken sei, daß die Volkswirtschaft durch diese Steuermacheret eine verschärzte und bleibende Belastung erfahre. Die gesamte Regierung werde in Zukunft schwer belastet sein. Die deutsche Tageszeitung meint: Die neuen Steuervorlagen zeigen eindringlich genug die Notwendigkeit, unter allen Umständen das Mögliche zu tun, um die Faiide an der Deckung unserer Schulden, die wir ihnen veranlassen, im weitgehendsten Maße zu beteiligen.

Kaiser Karl an Graf Czernin.

Wien, 18. April. Die Wiener Zeitung veröffentlicht folgendes kaiserliche Handschreiben: Lieber Graf Czernin! Indem ich Meinen gemeinnamen Finanzminister Baron Burian zum Minister Meines Hauses und des Neuen ernenne, enthebe Ich Sie nunmehr in vollen Gnaden von diesem Amte. Während einer der bedeutsamsten Epochen der Weltgeschichte aller Zeiten haben Sie im Interesse einer Politik, die nach wie vor für Mein Haus und Meine Staaten richtunggebend bleiben soll, in aufopferungsvoller Weise und unermüdlicher Pflichttreue hervorragende Dienste geleistet, deren Erfolge Ihnen nicht versagt geblieben sind, indem Sie mit in vorderster Linie die ersten Friedensschlüsse derlebenden Menschheit vermittelten können. Sie haben sich hierdurch wohlverdienten Anspruch auf Meinen unvergänglichen Dank und Meine volleste Anerkennung erworben, die Ich Ihnen hiermit gener zu wärmem Ausdruck bringe, als es dazwischen, wenn auch lange nicht voll entsprechendes Zeichen Ich Ihnen die Brillanten zum Großkreuz Meines St. Stefan-Ordens verleihe. Nicht minder will Ich Ihnen Meine fortdauernde Gewogenheit zusichern, wie Ich auch zuversichtlich hoffe, daß Ihre außerordentlichen Gaben nicht für immer Mir und dem Wohle Meiner Staaten verschlossen bleiben soll n. Budapest, 16. April Karl.

Wien, 17. 4. Der Kaiser empfing heute in besonderer Audienz den österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin, Prinz Gottfried Hohenlohe. Der neuen Freien Presse zufolge ist das Gericht, daß Prinz Hohenlohe von seinem Posten zurücktreten werde, unrichtig.

Ranadas Hilfe für England.

Amsterdam, 17. April. Times erfährt aus Toronto, das kanadische Parlament habe die Absicht, die Expeditionsarmee dadurch zu verstärken, daß in Zukunft unver-

ehrtete Männer und Witwer ohne Kinder bis zum 45. Lebensjahr aufgerufen werden.

Ein englischer Heeresbericht aus Saloniki.

London, 18. April. Heute überbrachten in früher Morgenstunde die griechischen Truppen den Stromfluss oberhalb des Tchinoeess und besetzten die Dörfer Relikwah, Kalaraska, Selma, Kiskeli und Uba. Die Operation wurde mit geringen Verlusten sehr erfolgreich durchgeführt. Weiter nördlich besetzten britische Truppen Kumi und Osmanli. Es wurden einige bulgarische Gefangene gemacht.

Vom Gefechtslager in Görlitz.

Görlitz, 17. April. Der Kommandeur des 4. Armeekorps, Oberst Chajopulos, ist heute Morgen im heiligen Krankenhaus im 56. Lebensjahr an Gehirnblutung verstorben. Das Kommando über das 4. griechische Armeekorps hat Oberst Karakelos übernommen.

Urachen in Portugal.

Bern, 17. April. Der Temps berichtet aus Lissabon: Die Polizei hat in Oporto in einem Hause ein großes Lager von Granaten, Patronen und Gewehren entdeckt. 30 Offiziere und Unteroffiziere der Garnison von Oporto wurden unter der Anschuldigung verhaftet, eine Verschwörung gegen die Regierung angezettelt zu haben. In Portugal steht ein Eisenbahneraufstand bevor. Die Beratungen des Verkehrsministers mit dem Streikausschuß zur Erzielung einer Einigung sind ergebnislos verlaufen.

Revolution in Costa Rica.

Bern, 17. April. Temps meldet aus San Juan (Costa Rica). In Süd San Juan ist eine Revolution ausgebrochen. Der Kongress hat den Belagerungszustand verkündigt.

Berantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Schumann. — Druck und Verlag: Auer Druck u. Verlagsgesellschaft m. b. H.



Nach banger Zeit quälender Ungewißheit erhielt ich heute die tiefschmerzliche Bestätigung, daß mein lieber, guter Mann, der treusorgende, liebevolle Vater seiner beiden Kinder, der

Photograph

Hugo Martini

am 8. April durch eine Fliegerbombe den Heldentod für's Vaterland erleiden mußte.

In tiefstem Leid

Gertrud Martini geb. Richter
nebst Söhnen Hellmuth und Gerhart,
zugleich im Namen der übrigen Verwandten.

Aue, am 18. April 1918.

FAG

Wir suchen zum sofortigen Eintritt

10 Klempner und 10 Löterinnen

Frankonia Aktiengesellschaft,
vormals Albert Frank, Beierfeld i. Sa.

Einen tüchtigen **Klempner**
und einen **Schlosser**
sucht zum sofortigen Eintritt
S. Wolle, Aue.

Werkzeugschlosser
für Schnitt- und Stanzenbau
sofort gesucht.
Robert Wagner, Chemnitz.

Cinem Sohne achtbarer Eltern, welcher Lust hat
Korbmacher
zu werden, ist günstige Gelegenheit geboten.
Angebote unter A.Z. 1689 an die Geschäftsstelle d. M.

Intell. Schreibgew. Kriegsbeschädigt.,
26 Jahre sucht pass. Beschäftigung. Zu weiteren
alt, ledig, zu weiteren. Lustkünsten
gerne bereit. Ges. Angeb. unter A.Z. 1682 an d. Auer Tagebl.

Kopfhaarwässer
in großer Auswahl
empfiehlt preiswert

Gustav Stern
Zöpfte- u. Perückenfabrik, Aue
Westlinstraße 48 am Westlingplatz
Ausgeklammte Frauenhaare
kaufst stets der Obige.

Zeitungspapier
kaufst jede Menge per Kilo
25 Pf. Angebote Markt-
gässchen 1 im Skontor.

Waschpulver
(markenfrei) pro Pfund 20 Pf.
Westlinstraße 46 am Westlingplatz
Wiederverkäufer billiger!

Fast neue Gaslampe
u. Verschied. billig zu verkaufen.
Dieser. Löhnig. Ob. Graben 314.

Tisch und Sofa
zu verkaufen.
Münster, Drudenstraße 6.

Kontorbote.
Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen
ehrlichen, gewissenhaften, militärfreien
jungen Mann oder auch Kriegsinvaliden
als Kontorbote.

Erzgeb. Schnittwerkzeug- u. Maschinenfabrik,
G. m. b. H., Schwarzenberg.

Für Landwirte

Ackerleinen
Stränge
Stricke usw.

in erstklassiger
Hanfware,
kein Papier
o. sonst. Ersatz

Huth & Komp., Aue
Verkaufsstelle: Bahnhofstraße 8.

Achtung! Achtung!
jetzt ab jeden Dienstag und Freitag in Schwarzenberg, sowie
Mittwoch und Sonnabend in Aue mit allen
Garten- und Feld-Sämereien
seit, später auch mit Pflanzen.
Otto Winter, Samenhandlung, Hartenstein.

Gelegenheitskauf!
Da mit durch den Krieg mein einziges Kind und Erbe
genommen ist verkauft ich
mein Schloss,
solid gebautes
raum, Garten. Leichte Kaufbedingung.

Wohnhaus
in dauernde Stellung sofort gesucht, der selbständig Werkzeuge
reparieren u. neue Werkzeuge — speziell Schnitte u. Stanzen —
herstellen kann. Rantzenbelastigung.
Deutsche Patent-Großelen-Fabrik Walter Rieschel & Co. m. b. H.,
Liebertwolkwitz-Leipzig.